

Presseverlautbarung

Erneute Aktivitäten der Vereinten Nationen und der Region, um das herrschende Regime Afghanistans in die säkulare Weltordnung zu integrieren

(Übersetzt)

In den vergangenen Tagen hat die UNO ihre Aktivitäten in Afghanistan mit größerer Intensität als zuvor fortgesetzt. Der Besuch des UN-Untergeneralsekretärs für humanitäre Angelegenheiten in Kabul und Kandahar sowie die Einladung von Amir Khan Muttaqi – dem Außenminister des herrschenden Regimes – nach Katar deuten auf neue Bemühungen hin, internationale Initiativen voranzutreiben und die afghanische Regierung für eine Zusammenarbeit zu gewinnen.

Vor diesem Hintergrund macht das Medienbüro von Hizb-ut-Tahrir / wilāya Afghanistan auf mehrere kritische Beobachtungen aufmerksam:

Es ist offensichtlich, dass der sogenannte „Fahrplan“ der Vereinten Nationen – der darauf abzielt, das herrschende Regime Afghanistans in die säkulare Weltgemeinschaft zu integrieren – auf erhebliche Umsetzungsprobleme gestoßen und zum Stillstand gekommen ist. Der Grund dafür liegt darin, dass die Führung des Regimes – entgegen den Erwartungen des Westens – grundlegende Veränderungen in ihrem Kurs ablehnt. Trotz dieses Scheiterns ist der Westen, angeführt von den Vereinigten Staaten, nicht gewillt, still zu bleiben. Daher sind neue Pläne entstanden, um dasselbe Ziel über alternative Wege zu verfolgen. Im Zentrum dieser Bemühungen steht eine Strategie der schrittweisen Eingliederung des Regimes in die bestehende Weltordnung durch kalkulierte Annäherung – mit dem Ziel, seine islamische Identität Stück für Stück auszuhöhlen.

Die USA treiben diesen Fahrplan mit einer Doppelstrategie aus Druck und Überzeugungsarbeit voran, also mit Zuckerbrot und Peitsche. Manchmal handeln sie direkt, indem sie Personen von Sanktionslisten streichen oder symbolische politische Anreize bieten. In anderen Fällen ziehen sie die Daumenschrauben an, etwa durch das Einfrieren internationaler Hilfen. Parallel zu diesen offenen Maßnahmen verfolgt Washington dieselbe Agenda auf diskretem Wege – über Vermittler wie die Vereinten Nationen oder Länder wie Katar. Eine weitere Taktik besteht darin, das Regime intern zu spalten, indem dessen Elemente als „moderate“ oder „extremistische“ Kräfte eingestuft werden – mit dem Ziel, den inneren Zusammenhalt zu schwächen und Teile des Regimes zu einem verwässerten, sogenannten moderaten Islam zu drängen.

Katar, das seit Langem als westliches Stellvertreterzentrum in der Region gilt, spielt eine relevante Rolle in diesem politischen Taktieren. In Abstimmung mit den Vereinten Nationen versucht es, die konfrontative Haltung der Trump-Ära auszugleichen, indem bestimmten Fraktionen im Regime diplomatische und politische Anreize geboten werden. Die Auswirkungen dieser Bemühungen zeigen sich nun deutlich in den Äußerungen von Außenminister Amir Khan Muttaqi. In einem neueren Interview mit Al Jazeera rief er die internationale Gemeinschaft dazu auf, Afghanistan in einen Raum für „positive wirtschaftliche Konkurrenz“ zu verwandeln. Doch sowohl die Geschichte als auch die gegenwärtige Realität zeigen, dass solche wirtschaftlichen Rivalitäten in schwächeren Ländern oft als Fassade für ausländische Einflussnahme, Abhängigkeit und letztlich wirtschaftlichen Kolonialismus dienen.

Zum Thema Palästina erklärte der Außenminister: „Wir haben eine moralische Verantwortung gegenüber Palästina.“ In Wahrheit ist die Verantwortung der Muslime - insbesondere ihrer Herrscher - gegenüber Palästina jedoch nicht nur moralisch oder emotional, sondern vielmehr eine islamrechtliche Verpflichtung. Die muslimischen Herrscher sind verpflichtet ihre Armeen zur Verteidigung der Unterdrückten zu mobilisieren und sich nicht hinter abstrakten ethischen Begriffen zu verstecken, um echte Maßnahmen zu vermeiden. Dieses Gefühl der moralischen Empörung wurde von einigen Nicht-Muslimen im Westen sogar noch deutlicher zum Ausdruck gebracht - von denen, die auf die Straße gingen oder, wie der amerikanische Soldat, der sich vor der „israelischen“ Botschaft in Brand setzte.

An anderer Stelle im selben Interview appellierte Amir Khan Muttaqi an Donald Trump, „politischen Mut“ in Bezug auf Afghanistan zu zeigen. Die Realität sieht jedoch so aus, dass jeder Mensch und jede Nation in dem Maße Mut zeigt, wie sie an ihre Werte glaubt. Wenn Trump mutig handelt, dann nur, um seinen eigenen Interessen zu dienen. Nun lautet die Frage: Wo ist der muslimische Herrscher, der den Islam verteidigt, sich für dessen Implementierung einsetzt und keine Vorwürfe oder Konsequenzen fürchtet? Es ist der muslimische Herrscher, der den Mut haben muss, das rechtgeleitete Kalifat nach der Methode des Prophetentums wiederherzustellen und eine Außenpolitik zu betreiben, die auf *da'wa* und *ġihād* beruht. Ja, die Wahrheit des Islams zu verkünden, erfordert Mut – und diese Courage ist es, die wir von unseren Herrschern erwarten.

﴿الَّذِينَ يُبَلِّغُونَ رِسَالَاتِ اللَّهِ وَيَخْشَوْنَهُ وَلَا يَخْشَوْنَ أَحَدًا إِلَّا اللَّهَ﴾

[Sie sind] diejenigen, die die Botschaften Allahs überbringen und Ihn fürchten, Und sie fürchten niemanden außer Allah. [33:39]

Medienbüro von Hizb-ut-Tahrir / wilāya Afghanistan